

Fritz Reheis

Politische Bildung

Eine kritische Einführung

2. Auflage



Springer VS

Politische Bildung

Fritz Reheis

Politische Bildung

Eine kritische Einführung

2. Auflage

Fritz Reheis
Universität Bamberg
Bamberg
Deutschland

ISBN 978-3-658-09462-1 ISBN 978-3-658-09463-8 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-09463-8

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014, 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Dr. Jan Treibel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Vorwort zur 2. Auflage

Aufgrund der regen Nachfrage nach der 1. Aufl. liegt nun eine überarbeitete 2. Aufl. vor. Sie zeichnet sich durch einige Klarstellungen (etwa in Bezug auf die Rolle von Kategorien im politischen Bildungsprozess) und durch die stärkere Berücksichtigung aktueller außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen (Massenmigration, internationaler Terrorismus) aus. Die Überarbeitung ist nicht zuletzt das Ergebnis der intensiven gemeinsamen Lektüre dieser Einführung in Didaktikseminaren, die im Rahmen des Studiums des Lehramts für Sozialkunde an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg durchgeführt wurden. Für die Verbesserungsvorschläge und Anregungen der Studierenden bedanke ich mich an dieser Stelle ganz herzlich.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Wozu Politische Bildung, wozu überhaupt Politik?	1
1.2	Eine kritische Einführung	3
1.3	Aufgaben des Widerstands	4
1.4	Aufbau des Buches	5
2	Was ist Politische Bildung?	7
2.1	Politik	7
2.2	Bildung	9
2.3	Politische Bildung	10
2.4	Theorie und Praxis	12
2.5	Fazit	13
3	Übergeordnete Ziele	15
3.1	Das menschenwürdige Gemeinwesen	15
3.2	Der mündige Bürger	29
4	Ausgangsbedingungen	41
4.1	Institutioneller Rahmen	41
4.2	Persönliche Dispositionen	52
5	Mündigkeit als Prozess	67
5.1	Kompetenzen	67
5.2	Erfahren und Verstehen	79
5.3	Didaktik	94

6 Themenfelder und Herausforderungen	113
6.1 Gesellschaft und Ungleichheit	114
6.2 Wirtschaft und Staat	124
6.3 Europa und Welt	135
6.4 Friede und Umwelt	147
6.5 Politische Grundströmungen	158
7 Schluss	171
Literatur	175

In keinem Bildungsbereich ist der Widerspruch zwischen Wort und Tat derart offensichtlich wie bei der Politischen Bildung. Einerseits beschwören Politiker in Sonntagsreden, wie wichtig die Politische Bildung sei, da Menschen ja nicht als Demokraten geboren würden. Andererseits führen in den Stundentafeln öffentlicher Schulen die Fächer Politik, Gesellschaft, Sozialkunde usw. ein absolutes Schattendasein. Und in der außerschulischen Bildung (z. B. Volkshochschulen, kirchliche Bildungswerke, Gewerkschaften) gilt die Politische Bildung vielfach als vom Aussterben bedrohter Zuschussbetrieb. Angesichts dieses Widerspruchs braucht sich niemand zu wundern, wenn ein Großteil der Kinder und Jugendlichen sich von der Politik nicht ernst genommen fühlt¹, wenn besonders junge Menschen immer weniger zur Wahl gehen, wenn viele glauben, höchstens über das Konsumverhalten noch etwas bewirken zu können. Einige wenige, zumeist junge Männer, gehen noch einen Schritt weiter: Sie versuchen, sich jenseits der demokratischen Spielregeln Respekt zu verschaffen oder sie treten einfach auf der Straße einen Schwächeren nieder, um sich wenigstens für einen Moment selbst stark zu fühlen.

1.1 Wozu Politische Bildung, wozu überhaupt Politik?

An dieser Stelle könnten zwei Fragen gestellt werden. Erstens: Warum wird dieser Zustand eigentlich so klaglos hingenommen? Es gibt bekanntlich keine nennenswerte Lobby für eine bessere Ausstattung der Politischen Bildung mit Zeit und Geld. Und zweitens: Sind politisch gut gebildete Bürger tatsächlich im Interesse

¹ So z. B. eine Befragung im Auftrag des Kinderhilfswerks unter 10- bis 17-Jährigen: http://www.dkhw.de/cms/images/downloads/Ergebnisse__politisches_Engagement_von_Jugendlichen.pdf, zuletzt aufgerufen am 26.03.2013.

derer, die Verantwortung in Staat und Wirtschaft tragen? Oder stellen solche Bürger nicht eher einen Risikofaktor dar, weil sie sich nicht mehr so leicht regieren und kommandieren lassen? Bezieht man die Frage nach den Gründen der geringen Attraktivität und nach den Interessen der Verantwortlichen aufeinander, so könnte man auf die Idee kommen, dass wir es mit einem echten Teufelskreis zu tun haben: Je weniger die politisch Verantwortlichen an politisch gebildeten Bürgern interessiert sind, desto schlechter werden sie die Politische Bildung mit Ressourcen ausstatten. Und je schlechter die Politische Bildung ausgestattet ist, desto geringer wird die Chance, die politisch Verantwortlichen dazu zu zwingen, der Politischen Bildung einen höheren Stellenwert zu geben.²

Nicht nur die Bildung über die Politik, auch die Politik selbst genießt kein besonderes Ansehen. Und das in jenen Gesellschaften, die sich ihrer demokratischen Tradition und Ordnung rühmen und diese in alle Welt zu exportieren bemüht sind. Schlimmer noch: Die Politik gilt vielen als Tummelplatz für Karrieristen und Profilneurotiker, manchen sogar als prinzipiell schmutziges Geschäft. Bezeichnend ist, dass viele den Märkten mehr zutrauen als der Demokratie. Die geringe Wertschätzung der Politik kann zunächst vielleicht dadurch erklärt werden, dass Politiker sich in aller Regel wechselseitig ständig kritisieren, dabei meist nicht besonders fair miteinander verkehren und so an der Demontage des Vertrauens, das sie von den Bürgern erwarten, selbst eifrig mitarbeiten. Wenn man sich den Aufwand vergegenwärtigt, den Politiker treiben, um gewählt zu werden, und die Gewählten, um an der Macht zu bleiben, kann sich leicht der Eindruck verdichten, dass die Politik oft mehr Energie und Zeit in den Kampf der Akteure gegeneinander als in die Sorge für das Gemeinwohl steckt.

Entscheidend für das geringe Ansehen der Politik dürfte aber etwas anderes sein. Dies zeigt sich an der ständigen Rede von „Sach“zwängen der Ökonomie, von der „Alternativlosigkeit“ politischer Entscheidungen und an politischen Forderungen wie der nach einer „marktkonformen Demokratie“. Bemerkenswert ist, dass politisch Verantwortliche selbst es sind, die ihre Arbeit derart diskreditieren.³ Besonders entlarvend äußern sich freilich die Repräsentanten der Finanzwirtschaft. So vertrat Rolf E. Breuer, 1997–2002 Vorstandssprecher der Deutschen Bank, bereits im April 2000 die Meinung, dass es gar nicht so schlecht sei, wenn im 21. Jahrhundert die Politik „im Schlepptau der Finanzmärkte“ stünde, sie seien gewis-

² Dies war eine der Fragen, die auf einem Symposium der Universität Bamberg 2010 näher untersucht wurde. Görtler/Reheis 2012.

³ Siehe die Verwendung des Begriffs durch Angela Merkel im Herbst 2011 und die Diskussion darüber: z. B. <http://www.faz.net/aktuell/politik/harte-bretter/harte-bretter-irrweg-in-der-krise-11712359.html>, zuletzt aufgerufen am 26.03.2013.

sermaßen eine „fünfte Gewalt“ im Staate.⁴ Und Alan Greenspan, der Präsident der amerikanischen Notenbank, stellte angesichts der bevorstehenden Wahlen im September 2007 fest, es spiele kaum eine Rolle, wer Präsident werde, denn „die Welt wird durch Marktkräfte regiert“.⁵ All das sorgt nicht dafür, dass Politik als kreative Gestaltungsaufgabe unseres Zusammenlebens besonders wertgeschätzt würde.

1.2 Eine kritische Einführung

Das Buch will eine „Einführung“ und zugleich „kritisch“ sein. Als „Einführung“ wendet es sich an alle Praktiker der Politischen Bildung – in Schulen, in der außerschulischen Jugendarbeit, in Bürgerinitiativen, Verbänden, NGOs, Parteien etc. Es möchte ihnen helfen, diese Praxis kritisch zu reflektieren und neue Impulse zur Veränderung dieser Praxis zu entwickeln. Und es richtet sich an all diejenigen, die sich an Hochschulen und in anderen Bildungseinrichtungen auf eine solche Praxis vorbereiten.

Wenn hier ein „kritischer“ Anspruch erhoben wird, so durchaus im ursprünglichen Sinn des Wortes. „Kritik“ kommt vom griechischen „kritike techne“ und bedeutet ursprünglich Beurteilungskunst. Beim Beurteilen kommt es auf das genaue Unterscheiden an: Was ist Wirklichkeit, was Schein? Was ist Wahrheit, was Täuschung oder Lüge? Was ist Oberfläche, was liegt zugrunde? Was ist Ursache, was Wirkung? Was ist wichtig, was nebensächlich? Die Einführung will auf solche Unterscheidungen besonderen Wert legen und sie so sorgfältig wie möglich treffen. Dazu orientiert sie sich an der so genannten Kritischen Theorie der Gesellschaft, die in der Tradition von Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Karl Marx, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Axel Honneth und Wolfgang Streeck steht.

Kritischer Anspruch heißt Parteiergreifung für die Demokratie. Denn die Forderung nach „Marktkonformität“ für die Demokratie und die Begrüßung der Finanzmärkte als „fünfte Gewalt“ kann nicht hingenommen werden. Gegen solche Zumutungen wird Widerstand zur Pflicht, auch und gerade für die Politische Bildung. Immerhin geht es um nichts Geringeres als die Abwendung des Versuchs der Unterordnung der Demokratie unter den Markt. Nicht mehr „one man, one vote“, sondern „Wer zahlt, schafft an“ ist dessen Legitimationsprinzip. Wenn einige die Demokratie tatsächlich marktkonform machen wollen, dann ist die Frage nicht mehr fern, ob Wirtschaft und Gesellschaft nicht eher von kompetenten Experten

⁴ http://www.zeit.de/2000/18/200018.5._gewalt_.xml, zuletzt aufgerufen am 26.03.2013.

⁵ Zitiert nach Streeck 2013, S. 125.

mit schnellen Maschinen regiert werden sollten als von Vertretern des Volkes, die sich, wie das Volk selbst, immer erst mühsam verständigen müssen.

1.3 Aufgaben des Widerstands

Die erste Aufgabe des Widerstands, zu dem eine kritische Politische Bildung befähigen könnte, besteht in der Aufdeckung der Entstehungsbedingungen für diesen Imperialismus der Ökonomie. Wie konnte es ihr gelingen, die Grenze zwischen jenen Regeln, die uns die Natur auferlegt, und jenen, die wir uns selbst geben, derart zu verwischen? Diese Bildungsaufgabe erfordert genaue analytische Unterscheidungen. Dabei müssen die Verhältnisse so lange zerlegt werden, bis ihre Grundlagen zum Vorschein kommen. Und die Grundlage aller politischen und ökonomischen Verhältnisse, das kann man bei Marx und vielen anderen nachlesen, ist die menschliche Arbeit. Durch sie stellt der Mensch sein Verhältnis zur Natur, zu Seinesgleichen und zu sich selbst her – seit 3 Mio. Jahren jeden Tag von Neuem. Um die Entstehungsbedingungen des ökonomischen Imperialismus aufzudecken, ist es wichtig, die besondere Form, wie Arbeit im Kapitalismus organisiert ist, genauer zu untersuchen. Diese Form erzeugt nämlich einen spezifischen Fetischismus. Weil Menschen sich in der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht direkt, sondern indirekt über ihre Waren begegnen, erscheinen ihnen ihre Verhältnisse als durch die sachlichen Vorgaben dieser Waren definiert. Zu diesen sachlichen Vorgaben, den viel zitierten „Sach“ zwängen, kann man sich nicht anders verhalten, als sich ihnen unterzuordnen. Der alles überragende Sachzwang heißt in kapitalistischen Marktwirtschaften: Wirtschaftswachstum. Und wie die Fetische unserer archaischen Vorfahren so verlangt auch unser moderner Fetisch nach Opfern. Ein solches ist die Demokratie.

Die zweite Widerstandsaktion einer Kritischen Politischen Bildung besteht in der Erarbeitung von Alternativen. Vor dem Hintergrund der freigelegten Verhältnisse, die die Menschen im Zusammenhang mit der Aufteilung ihrer Arbeiten untereinander täglich eingehen müssen, kann Politische Bildung „soziologische Phantasie“ (Oskar Negt)⁶ freisetzen. Wie ließe sich das Arbeiten anders einrichten? Wie könnte die Angst um den Arbeitsplatz, die Fremdbestimmung beim Arbeiten, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen überwunden werden? Wie können Unternehmer dazu gebracht werden, sich am Gemeinwohl zu orientieren, wie kann Eigentum an den Produktionsmitteln sozialverträglich definiert werden, wie kann das Geldsystem so umgebaut werden, dass es ausschließlich als Mittel des guten Lebens fungiert? Und schließlich: Wie müssten die politischen Prozes-

⁶ Negt 1971.

se und Ordnungen umgestaltet werden, damit eine solche Wiedereinbindung der Wirtschaft in die demokratische Grundordnung überhaupt möglich wird? Kurz: Politische Bildung muss nicht nur den Wirklichkeitssinn, sondern auch den Möglichkeitssinn stärken und beflügeln. Denn wo der Realismus perspektivlos ist, sind nur mehr Utopien realistisch.⁷

Die dritte Aufgabe bezieht sich auf eine normative Frage: Welcher ethische Maßstab soll an die Suche nach neuen Möglichkeiten, nach Visionen und Utopien, angelegt werden? In diesem Buch wird beharrlich an der seit der Zeit der Aufklärung zentralen Leitidee festgehalten, dass Staat und Wirtschaft für die Menschen da sind und nicht umgekehrt und dass der Mensch in normativer Hinsicht zu allererst durch seine angeborene „Würde“ ausgezeichnet ist. Erst an diesem Maßstab können die Mittel und Wege beurteilt werden, die in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zum Einsatz kommen. Bei der Frage, woran der Grad der Einlösung des Versprechens eines menschenwürdigen Lebens für alle gemessen werden soll, kann weder der Vergleich zu anderen Zeiten noch zu anderen Orten sinnvoll sein. Bei der Beurteilung von Möglichkeiten zählt einzig und allein der Horizont dessen, was heute schon möglich ist und deshalb morgen Wirklichkeit werden kann.⁸ Nur so lässt sich die Übermacht der Wirklichkeit brechen, kann das Potenzial der Möglichkeiten erschlossen werden.

1.4 Aufbau des Buches

Das 2. Kapitel definiert kurz den Begriff Politische Bildung. Das 3. Kapitel fragt nach deren übergeordneten Zielen, einerseits in Hinblick auf das Gemeinwesen, auf das sie bezogen ist, andererseits in Hinblick auf den Bürger, der sich bildet bzw. gebildet wird. Im 4. Kapitel werden die Ausgangsbedingungen der Politischen Bildung dargelegt: einerseits der ihr jeweils vorgegebene institutionelle Rahmen, andererseits die persönlichen Voraussetzungen, die der sich Bildende in den Bildungsprozess mitbringt. Im 5. Kapitel wird der Prozess des Mündigwerdens entfaltet: seine konkreten Ziele, seine Wege und seine Orientierungen. Dabei soll die Unterscheidung zwischen Anpassungs- und Widerstandsfaktoren besonders deutlich herausgearbeitet werden. Das 6. Kapitel präsentiert einige inhaltliche The-

⁷ Negt 2010, S. 560.

⁸ Der Maßstab der objektiv gegebenen Möglichkeiten wird vor allem von Oskar Negt in seiner Studie „Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform“ (2010) vertreten. Die Vorstellung einer zyklischen Bewegung von der Wirklichkeit zur Möglichkeit und weiter von der Möglichkeit zur neuen Wirklichkeit lässt sich auch in das Modell des Politik-Zyklus integrieren. Reheis 2009b.

menfelder, mit denen sich die Politische Bildung zu Beginn des 21. Jahrhunderts auseinandersetzen muss.

Zentral für die Konzeption dieser Einführung ist die Grundentscheidung, Politische Bildung immer von zwei Seiten aus zu betrachten: zum einen von der Seite der Politik, also der politischen Verhältnisse, zum anderen von der Seite des Menschen, also des politischen Verhaltens. Die Verhältnisse existieren, ehe der Einzelne sich in bzw. zu ihnen verhalten kann, aber durch sein Verhalten kann er diese Verhältnisse wiederum beeinflussen. So pendelt der Blick zwischen der Politik und dem Menschen hin und her. Das Buch will zeigen, welche Anpassungserfordernisse das Gegebene einerseits mit sich bringt und wie das Gegebene andererseits im Prinzip auch überschritten werden kann.

Was meinen wir eigentlich, wenn wir von „Politischer Bildung“ sprechen? Es liegt nahe, den Begriff in drei Schritten zu definieren. Was ist Politik? Was ist Bildung? Und was ist Politische Bildung? Solche Vorüberlegungen sind zunächst nichts anderes als Werkzeuge, die sicherstellen sollen, dass Autor und Leser dasselbe meinen, wenn sie sich auf ein bestimmtes Wort beziehen. Definitionen erheben also noch keinen Wahrheitsanspruch. Definitionen als Werkzeuge sollten möglichst handlich sein und möglichst allgemein gehalten werden, um nach und nach ausdifferenziert werden zu können. Deshalb wähle ich im Folgenden jeweils die weitere Definition.

2.1 Politik

Für die Definition von Politik ist ein weiter Politikbegriff als Ausgangspunkt besonders wichtig, weil er die mit diesem Gegenstand häufig einher gehenden Voreingenommenheiten zu umgehen hilft. Ein weiter Politikbegriff vermeidet vorschnelle Ausblendungen und hat den Vorteil, im Laufe der Darstellung schrittweise immer mehr Akzentuierungen und Differenzierungen zuzulassen. Der weite Politikbegriff schließt unmittelbar an die Geschichte des Wortes „Politik“ an.¹ Diese hat ihren Ursprung im antiken Griechenland, obwohl das, was das Wort bezeichnet, älteren Ursprungs ist. Die „Polis“ umfasste, so das Selbstverständnis, wie es von Aristoteles und anderen Philosophen übermittelt ist, die Gesamtheit der Bürger eines griechischen Stadtstaates. Dabei war nicht der gemeinsam bewohnte Raum des Stadtstaats, sondern die gemeinsame Lebensform entscheidend, die die freien Bürger aus eigenen Stücken wählten und gestalteten. Nicht mehr der Wille der Götter

¹ Z. B. Fistetti 1999 und Goldschmidt 1999.

oder des Adels, sondern die Bürger selbst sollten über die Form ihres Lebens verfügen. Hierfür war als erstes eine Verfassung erforderlich, die der Überlieferung zufolge sogar den Göttern heilig gewesen sein soll. Die Qualität der Polis wurde im engen Zusammenhang mit der Qualität ihrer Bürger, also mit ihren Fähigkeiten und Tugenden gesehen. Die beste deutsche Übersetzung für polis ist vermutlich das Wort „Gemeinwesen“. Das Gemeinwesen grenzt das allen Gemeinsame vom jeweils Besonderen, das Öffentliche vom Privaten, die Gesellschaft von der Familie ab. Zum Bereich des Gemeinsamen gehörten die öffentliche Sicherheit, die technische Infrastruktur, der Austausch von Waren und Ideen und Vieles andere mehr.

Während in der Familie von vornherein klar war, dass der Vater des Hauses auch der Herr des Hauses und somit der Inhaber der Macht über die Familie war, musste diese Machtfrage im äußeren Gemeinwesen immer erst geklärt werden. Dabei spielte das Recht eine wichtige Rolle. So kann Politik in diesem weiten Sinn auch als Verhältnis zwischen Macht und Recht definiert werden: In ihr wurde einerseits das Recht mit Macht ausgestattet, andererseits sorgten die Mächtigen dafür, dass ihre Macht als Recht anerkannt wurde. Hintergrund dieser weiten Fassung von Politik ist das Menschenbild der griechischen Antike, wie es Aristoteles einst formuliert hat: Der Mensch ist ein Zoon politikon (politisches bzw. gesellschaftliches Wesen), weil er in seinem Wesenskern auf andere Menschen angewiesen ist und sich nur im Zusammenleben mit ihnen entfalten kann. Damit ging die Vorstellung einer weitgehenden Identifizierung des Einzelnen mit den Institutionen der Polis einher. Zum Beispiel war die Teilnahme an der Volksversammlung für jeden Bürger verpflichtend.² Von bleibender Bedeutung für den Politikbegriff ist, dass Politik immer eine Vorrangstellung vor anderen Aspekten des Lebens beansprucht: der so genannte Primat der Politik. Politik ist nicht eine bestimmte Sphäre in der Gesellschaft, sondern eher ein Prinzip, das gelten kann oder auch nicht. Deshalb ist eigentlich der Ausdruck „das Politische“ treffender als „die Politik“.³ Politik ist

² Dass ein starker Zusammenhalt in der Polis notwendig war, ergab sich allein schon aus der Interessenlage der Bürger: Nach innen war die Polis durch ein enormes Maß an sozialer Ungleichheit gekennzeichnet. Nur etwa 30 % der Männer waren Bürger, der Rest Ausländer oder Sklaven ohne alle politischen Rechte, sie hatten eher den Status von Haustieren oder Werkzeugen. Und dass Frauen keine Polis-Bürger sein konnten, verstand sich damals von selbst, sie waren für das Innere des Hauses zuständig. Die Bürger hatten ein starkes Interesse daran, diese Verhältnisse aufrecht zu erhalten. Und auch nach außen sah sich die Polis von „Barbaren“ umgeben, die nicht weniger in Schach gehalten werden und möglichst den eigenen Interessen dienstbar gemacht werden sollten. So waren die Bürger der Stadtstaaten durch ein doppeltes Herrschaftsinteresse aneinander gebunden.

³ In der Politikwissenschaft werden in der Regel drei Dimensionen des Politischen unterschieden: die Ordnung (polity), der Prozess (politics) und der Inhalt (policy).

also alles, was mit dem Politischen, also dem verbindlichen Allgemeinen bzw. dem allgemein Verbindlichen innerhalb eines Gemeinwesens zusammenhängt.

Mit dem Politikbegriff hängt der Begriff des Staates eng zusammen. Der Staat ist im Gegensatz zu allen anderen Bereichen des Gemeinwesens die einzig legitime Gewalt, die von Menschen über andere Menschen ausgeübt werden darf. Der Staat verfügt über das Gewaltmonopol. Bekanntlich ist es der Staat, der festlegt, wer eine Waffe tragen und wann er sie benutzen darf. Genauso definieren die Staaten die territorialen Grenzen des Gemeinwesens, die Zugehörigkeit der Bürger zum Gemeinwesen, die Gesetze und nicht zuletzt, welche Formen von Gewalt legal und legitim, also staatlich, welche Gewalt illegal und illegitim, also terroristisch sind.

Das Verhältnis von Politik und Staat kann mit dem Verhältnis zwischen Natur als Prozess und Natur als Gestalt verglichen werden⁴: Der Staat ist die fest gewordene Gestalt, die Politik der lebendige und offene Prozess, aus dem die Gestalt hervorgegangen ist und auf den sie wiederum zurückwirkt. Entsprechend wird zwischen Republik als Staatsform und Demokratie als Herrschaftsform unterschieden. Während uns der Staat als mehr oder minder fremde Macht gegenübertritt, sind wir in der Politik mittendrin – ob wir es uns bewusst machen oder nicht. Heute wird in diesem Zusammenhang oft von Zivilgesellschaft gesprochen. Es wird sich im Fortgang dieser Einführung zeigen, dass ein Teil der politischen Kontroversen vor allem der letzten beiden Jahrhunderte mit dieser Grenzziehung zwischen Staat und Politik zu tun hatte und nach wie vor hat (vgl. auch Kap. 6.2 und 6.5).

2.2 Bildung

Auch bei der Bildung gehen wir zunächst von einem weiten Begriff aus. Er umfasst alle pädagogischen Grundvorgänge, also alle Prozesse, die Menschen in irgendeiner Weise formen und prägen.⁵ Dabei soll es noch keine Rolle spielen, von wem diese Formungs- und Prägungsprozesse ausgehen, ob sie ein klares Ziel verfolgen, welche Mittel dabei zum Einsatz kommen und wie tief sie in das Innere des Menschen vorzudringen vermögen.

Der weite Bildungsbegriff ist ein echter Sammelbegriff für eine Vielfalt von Prozessen, die je nach Wissenschaftsdisziplin sehr unterschiedlich benannt werden. Dazu gehören jene Prägungen, die in der Soziologie als Sozialisation bezeichnet werden und alles umfassen, was ein Individuum zu einem kompetenten Mitglied der Gesellschaft machen. Und dazu gehören auch jene Prägungen, die Psycho-

⁴ Vgl. Abensour 2012 in Verbindung mit Münkler 2012.

⁵ Vgl. Lenzen 1995.

logen und Pädagogen als Lernen, Erziehung oder Bildung in einem engeren Sinn bezeichnen. Wir werden im Verlaufe dieser Einführung sehen, dass eine Ausdifferenzierung dieser Prägungsprozesse im Zusammenhang mit der Politischen Bildung nicht nur notwendig ist. Sie enthält auch einen ungeahnten Sprengsatz (vgl. Kap. 5.2).

2.3 Politische Bildung

Bezieht man Bildung und Politik aufeinander, kommt man zur Politischen Bildung. Dabei handelt es sich um eine Bildung, die grundsätzlich auf die Politik bezogen ist. Ob damit eine engere oder weitere Politik gemeint ist, hängt ausschließlich davon ab, welche politischen Vorstellungen zugrunde gelegt werden. Als sich in der Antike die männlichen Spartaner schon als Kinder für den Krieg ertüchtigten und die jungen Athener sich rhetorisch bildeten, um in der Volksversammlung die Massen mitreißen zu können, handelte es sich aus der Perspektive des oben dargelegten weiten Bildungsbegriffes beide Male um Politische Bildung. Das Gleiche gilt für jene Bildungsprozesse, die in mittelalterlichen Klöstern oder an frühneuzeitlichen Fürstenhöfen für die Schulung des kirchlichen und weltlichen Verwaltungspersonals bis hin zu den Spitzenpositionen in Kirche und Staat sorgten.

Wie sehr Bildung in Herrschaftsverhältnisse eingebunden ist, zeigt zum Beispiel ein Erlass des deutschen Kaisers Wilhelm II. aus dem Jahr 1889, der die Schule beauftragte, der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken: Der Jugend muss die „Überzeugung verschafft“ werden, „dass die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind“.⁶ Auf der anderen Seite sah auch die Arbeiterbewegung die Politische Bildung als eine wichtige Aufgabe an und gründete deshalb im 19. Jahrhundert im großen Stil Arbeiterbildungsvereine. Und heute definiert sich das globalisierungskritische Netzwerk Attac als „aktionsorientierte Volksbildungsbewegung“, die Menschen über die gegenwärtige Form der Globalisierung aufklären und ihnen den Blick für Alternativen öffnen möchte.⁷ In all diesen Fällen ging und geht es darum, die Mitglieder des Gemeinwesens so zu formen, dass sie zur Bewältigung der – wie auch immer definierten – Aufgaben in der Lage waren bzw. sind.

⁶ Zitiert nach Sander 2004, S. 39 f.

⁷ Grefe/Greffrath/Schumann 2002, S. 107.

Politische Bildung kann niemals losgelöst von den historischen Konstellationen und politischen Auseinandersetzungen existieren. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass nach den beiden großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts in Deutschland zwar jedes Mal gefordert wurde, Politische Bildung als eine zentrale Aufgabe der Allgemeinbildenden Schulen anzuerkennen und dafür ein eigenes Unterrichtsfach einzurichten. Da aber die Auffassungen über Auftrag und Konzeption unter den jeweils politisch Verantwortlichen ausgesprochen stark differierten und mit dem zeitlichen Abstand zu den Katastrophen die Dringlichkeit der Prävention im öffentlichen Bewusstsein stark zurückging, kam auch beim zweiten Anlauf in der Bundesrepublik am Ende nur jener klägliche Kompromiss zustande, der heute von den Praktikern der Politischen Bildung so sehr beklagt wird.⁸

Die genannten Beispiele für Politische Bildung belegen zugleich die enorme Bandbreite der Möglichkeiten, wie Politische Bildung konkret aussehen kann. Wer stößt sie an und aus welchen Interessen tut er dies? Was am Menschen soll sich vor allem bilden, der Körper, die Seele, der Geist? Auf welche grundsätzlichen Ziele hin soll der Bildungsprozess ausgerichtet sein? Welche Voraussetzungen bestimmen den Bildungsprozess, von außen und von innen? Was soll der Zu-Bildende bzw. der Sich-Bildende am Ende können? Welche Prinzipien und Methoden helfen als Orientierungsmittel bei der Planung politischer Bildungsprojekte? Mit welchen Themen muss sich Politische Bildung vor allem befassen, wenn sie den Herausforderung von Gegenwart und Zukunft zugleich gerecht werden will? Der hier verwendete weite Begriff von Politischer Bildung schließt unterschiedliche Bemühungen um die Prägung von Menschen in Hinblick auf ihr Leben im Gemeinwesen ein: die primär auf die Gesellschaft zielende „Politische Pädagogik“⁹, die primär auf die Zivilgesellschaft zielende „Demokratiepädagogik“¹⁰ und die primär auf Politik im engeren Sinn und den Staat zielende „Politikdidaktik“¹¹. Aber immer geht es um Demokratie – als Lebens-, Gesellschafts- und Staatsform.¹²

⁸ Als Überblick zur Geschichte der Politischen Bildung und der Bemühungen um ein entsprechendes Schulfach vgl. z. B. Detjen 2007, darin besonders Teil II.

⁹ Z. B. Böhnisch/Schröer 2007.

¹⁰ Z. B. Himmelmann 2007.

¹¹ Z. B. Reinhardt 2005.

¹² Eine ähnlich weite Fassung von Politischer Bildung vertritt z. B. Lösch 2010.

2.4 Theorie und Praxis

Zum Schluss sei noch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis angesprochen. Die in diesem Einführungsbuch unterbreiteten Überlegungen sind ja zunächst rein theoretischer Natur. Theorien beschreiben und erklären die Wirklichkeit, ihre Aussagen werden deskriptiv-analytisch genannt. An solche wissenschaftliche Theorien werden gemeinhin zwei Qualitätskriterien angelegt: Sie müssen in sich logisch, also schlüssig sein. Und sie sollten von der Erfahrung gestützt sein, dürfen ihr jedenfalls nicht widersprechen.¹³ Idealerweise sollten Theorien, die sich als qualitativ hochwertig erweisen, im Anschluss an ihre Konstruktion und Überprüfung auch tatsächlich die Praxis anleiten. Sie sollten uns also helfen, Ziele und Mittel zu bestimmen und dann mit unseren Bemühungen erfolgreich zu sein. Werden Theorien in der Praxis angewendet, erfüllen sie eine technische Funktion, ihre Aussagen heißen dann präskriptiv oder normativ. In der Politischen Bildung haben wir es, wie auch in der Bildung generell, meist eher mit präskriptiven bzw. normativen Überlegungen als mit empirisch-analytischen Erkenntnissen zu tun. Denn wir wollen in erster Linie wissen, was praktisch zu tun ist, und geben uns deshalb damit zufrieden, dass Vieles, was wir über die realen Verhältnisse vermuten, auf nicht exakt geprüften Theorien aufbaut. Aber was bleibt uns anderes übrig? Wir sind ja täglich zum Handeln gezwungen und können nicht so lange warten, bis alles sonnenklar ist.

Wie kann die Wissenschaft für ein besseres Verständnis der Praxis der Politischen Bildung sorgen? Welche Wissenschaftsdisziplinen sind bei der Klärung theoretischer und praktischer Fragen der Politischen Bildung gefordert? Zunächst fällt auf, dass die Ausbildung der Praktiker der Politischen Bildung an den deutschen Universitäten entweder mehr den sozial- oder mehr den humanwissenschaftlichen Fakultäten angegliedert ist. Dies variiert von Bundesland zu Bundesland und von Universität zu Universität. In den sozialwissenschaftlichen Fakultäten ist traditionellerweise entweder die Politikwissenschaft oder die Soziologie die primäre Bezugswissenschaft, wobei in der Regel auch verfassungsrechtliche und wirtschaftswissenschaftliche Anteile dazukommen. Innerhalb der Humanwissenschaften sind die Psychologie, vor allem die Entwicklungs- und Lernpsychologie, die Pädagogik, vor allem die Allgemeine Didaktik und die Schulpädagogik für die Politische Bildung einschlägig. Integriert in Ausbildung und Forschung sind oft auch sozialphilosophische und anthropologische Inhalte.

¹³ Am besten ist es, wenn Theorien so formuliert sind, dass sie an der Erfahrung leicht scheitern können, und wenn sie zudem trotz aller Widerlegungsversuche bisher nicht gescheitert sind (Falsifikationsprinzip).